

## Pressemitteilung Nr.1

**Die AG SPD 60plus Bayern begrüßt die Entscheidung der Deutschen Bahn die weißen Ankunftspläne in den Bahnhöfen doch hängen zu lassen.**

Heftige Proteste und Kritik, darunter vor allen von vielen Seniorenvertretungen haben zum Umdenken bei der DB geführt. Ab Mitte Dezember sollten Bahnreisende für Fahrplanauskünfte verstärkt aufs Digitale setzen. Gedruckte Ankunftspläne in den Glasvitrinen an Gleisen und in Bahnhofsgebäuden waren nicht mehr vorgesehen. Stattdessen sollten es Auskünfte nur noch per Infotafel oder DB-App geben. Aber was machen diejenigen, die keine Smartphones nutzen können?

Auch der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren in der SPD (AG SPD 60plus) verurteilte dieses Vorgehen der Deutsche Bahn .

„Die geplante Abschaffung von analogen Aushängen, auch wenn es bisher nur die Ankunftspläne betrifft, hängt insbesondere Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderungen oder arme Menschen immer weiter ab“, so die einhellige Meinung der Mitglieder des Landesvorstandes von 60plus.

Für den Landesvorsitzenden der AG SPD 60plus Bayern, Heinz Oesterle, ist die Rücknahme der Ankündigung der DB ein richtiger Schritt vor allem Seniorinnen und Senioren, die (noch) keinen Zugang zu digitalen Medien haben nicht von der Teilhabe am öffentlichen Leben auszuschließen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind in Deutschland 15 Prozent der Menschen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren offline. Bei den über 80-Jährigen ist nur etwa jeder Dritte digital unterwegs.

Deshalb hat, so Oesterle, die Bundeskonferenz von 60plus im Oktober einstimmig einen Antrag angenommen, in dem es u.a. heißt „dass Seniorinnen und Senioren, die (noch) keinen Zugang zu digitalen Medien haben, keine Nachteile erfahren dürfen. Das heißt, alle Dienstleistungen und Angebote sowohl von staatlichen Behörden als auch von Dienstleistern, die im Sinne der Daseinsvorsorge tätig sind, wie Banken/Sparkassen, Post, ÖPNV, Deutsche Bahn müssen bis auf Weiteres verpflichtend neben digitalen Zugängen auch analoge Zugänge/Abwicklung ermöglichen. Den Menschen ohne digitalen Zugang dürfen dabei keine Mehrkosten entstehen.“